

16.01.2009 , 15:39 Uhr

Einfluss von Interessensgruppen

Wachsende Gefahr für die Politik durch Lobbyisten?

von Klaus Stratmann

Auf die Lobbyisten in Berlin kommen neue Herausforderungen zu. Die inhaltlichen Ansprüche an die Vertreter von Verbänden, Firmen, Kanzleien und Agenturen wachsen ständig. Expertise und Sachkunde sind mehr denn je gefragt. Immer früher und intensiver schalten sich Lobbyisten in Entscheidungsprozesse ein. Daraus erwachsen Gefahren für die Politik.

BERLIN. Lobbyisten sind die Vermittler zwischen Wirtschaft und Politik. Sie nehmen im Auftrag von Unternehmen oder Branchen Einfluss auf politische Prozesse - häufig im Stillen. Ob Klimaschutz oder Lebensmittelrecht, Finanzmarkt- oder Telekommunikationsregulierung - stets bemühen sich Unternehmensvertreter, ihre Interessen durchzusetzen. Allein in Berlin tummeln sich rund 5 000 Lobbyisten.

"Berlin erlebt derzeit einen grundlegenden Wandel der Lobby-Arbeit. Entwicklungen, die wir in den USA schon seit Jahrzehnten beobachten, erreichen jetzt die deutsche Hauptstadt. In Brüssel ist dieser Prozess bereits weiter fortgeschritten. Dort orientiert sich die Lobbyarbeit bereits stark am amerikanischen Muster", sagt Andreas Geiger, Managing Partner der Kanzlei Alber & Geiger, die sich vornehmlich in Brüssel für die Interessen von Firmen oder Verbänden einsetzt.

Amerikanisches Muster - damit meint Geiger Zielstrebigkeit und klare Erfolgsorientierung. Der Lobbyist von einst kungelte im Hinterzimmer, der Lobbyist von heute geht generalstabsmäßig vor. Häufig zieht er Fachleute hinzu, um ein ganz konkretes Vorhaben durchzuboxen. "Lobbyismus à la carte", so lautet das Motto. Geigers Einschätzung deckt sich mit der Beobachtung von Hans Werner Busch vom Institut für Verbandsmanagement: "Die Differenzierung schreitet voran, mancher Verband muss daher auf Experten setzen", sagt Busch.

So hielt es kürzlich beispielsweise das Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk (IZ Klima), in dem sich Unternehmen zusammengeschlossen haben, die Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung bauen wollen. Weil es für diese Anlagen noch keine gesetzliche Grundlage gibt, beauftragte das IZ Klima eine Anwaltskanzlei damit, sich ein Gesetz auszudenken. Ende 2008 präsentierte das IZ Klima dann einen kompletten Gesetzentwurf samt Hintergründen und Erläuterungen. Theoretisch müsste der Gesetzgeber nur noch zustimmen. Diese Vorgehensweise ist nicht völlig neu - aber sie ist symptomatisch für den Wandel.

Die Vorarbeit für die politischen Entscheidungsträger wird immer komplexer. Gerade kleinere Verbände müssen daher Kompetenz zukaufen, meist bei spezialisierten Anwaltsfirmen, die häufig neben Experten auch altgediente Politiker als Türöffner beschäftigen. Die großen Konzerne verlassen sich immer weniger auf ihre Branchenverbände, sondern richten in Berlin immer häufiger eigene Dependancen ein. Doch nicht nur bei vielen Verbänden gibt es ein Kompetenzproblem. Auch Ministerien laufen der rasanten Entwicklung mancher Sachthemen hinterher.

Für Lobbyisten ist das Herausforderung und Chance zugleich. "In manchen Fällen muss eine ‚hired gun? her, eine Einzelperson oder eine Kanzlei, die einen Vorgang konsequent vorantreibt", sagt Busch.

Geiger umschreibt das so: "Allgemeine Kontaktpflege reicht nicht aus. Es kommt darauf an, maßgeschneiderte Lösungen zu liefern und Vorgänge von A bis Z zu begleiten." Der Lobbyist müsse einem Ministerium oder einer nachgeordneten Behörde deutlich machen, welche Konsequenzen sich aus falschen Entscheidungen für seinen Mandanten ergeben können. "Im Zweifel weisen wir auch deutlich auf mögliche Schadensersatzansprüche hin", sagt Geiger.

"Die Entscheidungsprozesse sind viel brutaler geworden, Schönwetter-Lobbyismus reicht nicht mehr aus", sagt Dominik Meier, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung (Degepol), in der sich die Lobbyisten-Szene zusammengeschlossen hat. "Der Lobbyist muss nicht nur politische Prozesse und Fachthemen beherrschen, er muss auch die Funktionsweise der Medien kennen", sagt Meier.

Vielen Politikern ist längst nicht mehr ganz wohl bei der Entwicklung. "Wir lassen uns mehr und mehr Arbeit aus der Hand nehmen. Manche Kollegen finden das sogar ganz praktisch. Dabei dürften wir es gar nicht so weit kommen lassen", sagt ein Parlamentarier, der seinen Namen nicht in der Zeitung sehen will. Kritikern wie der Organisation LobbyControl ist die Entwicklung seit langem ein Dorn im Auge. Sie halten strenge Regeln für unumgänglich. Die Degepol verschließt sich dieser Forderung nicht. Sie spricht sich für verbindliche Verhaltensregeln und für ein Register der in Berlin aktiven Lobbyisten aus. Auch in dieser Hinsicht könnten die USA als Vorbild dienen. Ein Lobbyistenregister gibt es dort schon seit 13 Jahren.

In der Grauzone

Um die 5 000 Lobbyisten tummeln sich in Berlin; die genaue Zahl ist unklar. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (Degepol) und Transparency International (TI) fordern eine gesetzliche Registrierungspflicht für jeden, der dauerhaft Interessen vertritt. Im Umgang mit Politikern oder Beamten solle ein "allgemein verbindlicher Verhaltenskodex für alle Interessenvertreter" gelten, dem sich jeder Lobbyist mit der Registrierung unterwerfen müsse.

Dazu gehört etwa, seinen Auftraggeber zu benennen, ebenso das Verbot von Bestechung und der persönlichen Vorteilnahme. Eine freiwillige Selbstkontrolle soll die Einhaltung garantieren. Wer die Regeln missachtet, soll aus dem Register fliegen. Das käme einem Arbeitsverbot gleich. Beim Bundestag können sich seit 1973 Lobbyverbände freiwillig registrieren. 2 040 sind es insgesamt - damit kommen auf jeden Abgeordneten im Parlament mehr als drei Verbände.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wachsende-gefahr-fuer-die-politik-durch-lobbyisten;2127915>